

land müsste seine Bildungsausgaben, die lediglich bei 84 % des OECD-Durchschnitts liegen, schon deutlich steigern.

Obwohl Prognosen immer gewagt sind: Die Zeichen für eine Perestroika in immer größeren Bereichen des deutschen Bildungssystems stehen nicht schlecht. In der über Jahrzehnte fest geschlossenen Phalanx der Verteidiger des traditionellen Systems zeigen sich erste Risse. Wer hätte vor einigen Jahren gedacht, dass eine CDU-geführte Landesregierung die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen zulässt, oder dass die SPD in Wahlkämpfen für den Abbau der

Mehrgliedrigkeit wirbt und dabei – wie kürzlich in Hessen – Wählerstimmen gewinnt, oder dass die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* den »Angriff auf das deutsche Gymnasium« – so eine Schlagzeile am 14. Oktober 2007 – nicht zurückweist, sondern rechtfertigt? Der Stein, den *Pisa* ins Rollen gebracht hat, erhält durch die demografische Entwicklung zusätzliche Schubkräfte, deren Stärke in Zukunft weiter zunehmen wird. Diese Signale sollten den Parteien Mut machen, die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen über eine Entwicklung »von unten« offensiv zu vertreten.

Norbert Sievers

Paradigmenwechsel in der Kulturpolitik?

Zum Schlussbericht der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland«

Der Auftrag der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« war anspruchsvoll: Eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Kunst und Kultur in Deutschland als Grundlage kulturpolitischer Handlungsempfehlungen. Das Ergebnis ist respektabel: ein Kompendium von fast 800 Seiten, in dem viele neue Sichtweisen, Analysen und Handlungskonzepte enthalten sind, die in den letzten zehn Jahren erarbeitet wurden.

Wie kann ein solch umfassendes Werk in knapper Form angemessen gewürdigt werden? Wohlmeinende Kommentare gibt es schon genug. Beckmesserische Detailkritik ist nicht hilfreich. Eher sind es grundsätzliche Fragen, die dem Anspruch des Berichtes gerecht werden. Von einem »Meilenstein« ist die Rede und von einem »Paradigmenwechsel«. Aber worin besteht der Wechsel und worin der Fortschritt?

Kulturpolitik ist als Förderungspolitik – von wenigen Ausnahmen abgesehen – gesetzlich nicht geregelt. Sie gilt vielen immer noch als Residuum kommunaler Selbstverwaltung. Darin liegt ein Vorteil, aber auch ein Risiko. Der Vorteil besteht darin, dass geringe Normierung den Gestaltungsspielraum der Kommunen – zumindest theo-



Norbert Sievers

(* 1954) ist promovierter Soziologe und Geschäftsführer der in Bonn ansässigen Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. U.a. gibt Sievers mit Bernd Wagner das Jahrbuch für Kulturpolitik heraus.

sievers@kupoge.de

retisch – offen hält und die Vielfalt der Angebotsformen erhöht. Dem steht das Risiko entgegen, dass Kultur als freiwillige Leistung immer dann unter Druck gerät, wenn die finanzpolitische Lage der Kommunen sich verschlechtert. Das war seit den 90er Jahren immer stärker der Fall. Deshalb wird der Ruf nach einer besseren Absicherung der »politischen Pflichtaufgabe« Kultur im-

mer lauter, zumal Kultur als handelbares Wirtschaftsgut immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Seither spricht man von »Grundversorgung« auch auf dem Gebiet der Kulturpolitik, wenngleich ohne durchschlagenden Erfolg. Das könnte sich ändern, wenn sich der Begriff durchsetzt, den die Enquete-Kommission vorschlägt: kulturelle Infrastruktur. Zusammen mit der Absicht, eine Kulturklausel im Grundgesetz zu verankern, soll dieser eher technisch anmutende »Leitbegriff« – ohne paternalistische Attitüde staatlicher »Vorsorge« – einen öffentlichen »Kulturgestaltungsauftrag« begründen und durchsetzen helfen. Er bezieht sich in der Form der Gewährleistung auf die Errichtung und Erhaltung von Kultureinrichtungen, die Förderung von Kunst, Kultur und kultureller Bildung, die Initiierung und Finanzierung kultureller Veranstaltungen und die Gestaltung angemessener Rahmenbedingungen für Künstler, kulturelle Berufe, bürgerschaftliches Engagement und Kulturwirtschaft. Insoweit steht der Begriffswechsel für ein neues Paradigma der »pflichtigen« und normierten Kulturpolitik, die die Etablierung von Kulturleistungsgesetzen einschließt. Das ist in dieser Konsequenz neu und bemerkenswert. Ob es auch ein Fortschritt ist, darüber gehen die Meinungen auseinander.

»Kulturgestaltung« ist ein hoher Anspruch, aber kein ganz glücklicher Begriff. Kultur lässt sich politisch nicht gestalten und sollte staatlicherseits auch nicht gestaltet werden. Das ist aber auch nicht gemeint. Eher geht es um Rahmenbedingungen für künstlerisch-kulturelle Arbeit und darum, Kulturpolitik systematisch zu entwickeln. Dies setzt konsensfähige Ziele und Konzepte voraus. Dafür liefert der Enquete-Bericht überzeugende Argumente und Systematisierungsvorschläge. Kulturpolitik soll zielorientierter und konzeptgestützter vorgehen und sich nicht allein, wie gewohnt, an etablierten Förderstrukturen und Erbböfen orientieren. Als geeignete Instrumente wer-

den Kulturentwicklungsplanung, Leitbildentwicklung und Zielvereinbarung vorschlagen. Als partizipatorische Verfahren könnten sie ein Mehr an Transparenz und demokratischer Zustimmung bewirken. Das wäre ein Fortschritt.

Kulturpolitische Verantwortung teilen

Ein weiterer Paradigmenwechsel, den der Enquete-Bericht markiert, greift eine Entwicklung auf, die schon mit der sozial-liberal geprägten Kulturpolitik in den 70er Jahren eingeleitet wurde: der Wechsel von einer etatistischen, staatsmäzenatisch orientierten Kulturförderung zu einer mehr pluralistischen, auf Beteiligung angelegten Konzeption, mit der eine neue gesellschaftliche Verantwortungs- und Aufgabenteilung etabliert werden soll. Diese Idee ist bereits in der Konzeption des »aktivierenden Staates« aus den 90er Jahren enthalten, die alte ideologische Blockaden aufzubrechen und einen »dritten Weg« zu öffnen versprach – jenseits des ordnungspolitischen Dualismus, der die Lösung gesellschaftlicher Probleme entweder nur einer staatsnahen oder einer marktkonformen Konzeption zutraute. Der neue Ansatz verstand sich als Kombination von öffentlicher Regulierung, marktvermittelter Produktion und gesellschaftlichem Engagement und suchte nach einem Mittelweg zwischen staatlichem Versorgungsdenken und neoliberalen Politikverzicht. Empfohlen wurde eine Funktionsverschiebung des Staates von der Produzenten- zur Gewährleistungsrolle.

Dieser Ansatz findet sich in dem Schlussbericht der Enquete-Kommission nicht nur begrifflich wieder – direkt wird etwa auf die Idee des »aktivierenden Staates« Bezug genommen –, sondern kann sogar als ordnungspolitische Leitidee des Textes interpretiert werden. Dafür spricht die Bedeutung, die dem Bürgerengage-

ment zugemessen wird, aber auch der Stellenwert der Kulturwirtschaft. Unter den Stichworten »New Public Management« und »Good Governance« kann noch einmal die ganze Rhetorik des nicht mehr ganz so neuen »Neuen Steuerungsmodells« nachgelesen werden, und das Drei-Sektoren-Modell (Staat-Markt-Zivilgesellschaft) darf ab sofort als Referenzrahmen kulturpolitischen Denkens gelten.

Das wäre auch theoretisch stimmig, wenn die Teilung der Verantwortung gelingen würde. Doch die Akteure in den verschiedenen Sektoren der Kulturpolitik besitzen jeweils besondere gesellschaftliche Funktionen, Organisationsstrukturen und Handlungslogiken, die nur bedingt kompatibel sind. Diesem Aspekt wird in dem Schlussbericht zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Für eine funktionierende Zusammenarbeit im Netzwerk der Kulturpolitik ist eine nicht-hierarchische Beziehungsstruk-

tur der kooperierenden Organisationen konstitutiv, damit auf Augenhöhe verhandelt werden kann. Davon kann jedoch in aller Regel nicht ausgegangen werden. So befinden sich Kulturinstitutionen, die Zuwendungen des Staates erhalten, in einer abhängigen Position, und ihre Selbstständigkeit wird durch Ziel- und Leistungsvereinbarungen nicht gerade gestärkt, wenn diese ein Auftragsverhältnis begründen. Hier gilt es sehr wachsam zu sein, damit die Vielfalt und Freiheit verbürgenden Vorteile des »kulturellen Trägerpluralismus« und der Subsidiarität nicht verspielt werden. Das Verhältnis von staatlicher Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteuren ist vielfach noch asymmetrisch und kaum dazu angetan, in Euphorie auszubrechen. Nicht selten besteht ein Klima des Misstrauens zwischen Förderern und Geförderten. Freie Träger fürchten zu Recht, vertraglich an die Leine genommen zu werden und nur als Erfüllungsgehilfen

eines staatlichen Auftrags willkommen zu sein. Wenn Verantwortungspartnerschaft und die dauerhafte Übernahme öffentlicher Aufgaben durch zivilgesellschaftliche Akteure das Ziel sein soll, wird darüber nachzudenken sein, wie das Verhältnis der Vertragspartner sinnvoll und fair gestaltet werden kann, damit die kulturpolitischen Aufgaben bestmöglich erfüllt werden.

Noch eine Menge Staat

Was bedeutet nun dieser »Paradigmenwechsel« für die Entwicklung der Kulturpolitik? Er bedeutet vor allem, dass offenbar eine ordnungspolitische Neujustierung des Verhältnisses von Staat, Markt und Gesellschaft ansteht. Der Bericht ist ein Plädoyer dafür, dass der Staat stärker in

seiner gewährleistenden Funktion in die Pflicht genommen werden soll; als »aktivierende« Agentur wird ihm eine koordinierende Funktion zugewiesen, als planende Instanz soll er der Kulturpolitik konzeptionelle Substanz verleihen. Dagegen ist zwar nichts einzuwenden. Alles in allem steckt aber in den Vorschlägen noch eine Menge Staat, auch wenn die Verantwortung geteilt werden soll. Die Frage wird sein, ob jenseits der sinnvollen Modernisierungsabsicht die Autonomieansprüche von Kunst und Kultur sowie die Selbstständigkeit der Freien Träger geschützt oder gefährdet werden. Wenn es einen Fortschritt geben soll, dann muss diese Frage diskutiert werden. Der »aktivierende Staat« wird wohl kaum die Initiative dazu ergreifen. Deshalb sind die zivilgesellschaftlichen Akteure aufgefordert, in diesem Sinne aktiv zu werden.

Eberhard Seidel

Chance für eine neue Diskussionsgrundlage

Kommentar zur Studie »Muslime in Deutschland«

Über Muslime in Deutschland und deren Verhältnis zur Demokratie wurde bisher viel geredet. Nun liegt auch eine empirische Studie vor, die weder zur Übertreibung noch zur Verharmlosung religiös motivierter Gewaltpotenziale Anlass bietet. Vielmehr ist sie nur ein erster Schritt. Auf die Problemanalyse muss nun die Erarbeitung von Lösungsansätzen folgen.

Eberhard Seidel

(* 1955) leitete von 1997 bis 2002 das Inlandressort der taz. Seitdem ist er Geschäftsführer des Projektes Schule ohne Rassismus.

eseidel429@aol.com



des niederländischen Filmemachers Theo van Gogh im November 2004 treibt die Menschen auch hierzulande die Frage um: Wie halten es »unsere« Muslime mit der Gewalt, mit den Menschenrechten, mit der Demokratie?

In Hunderten von Berichten, Kommentaren und Reportagen wurde seitdem das Feld »Islam-Islamismus-Demokratie« neu vermessen. Die ausgestellten Befunde sind wenig ermutigend. Allzu kurz sei der Weg zwischen Religiosität und Terror-

Seit Jahren wird in Deutschland leidenschaftlich über den Islam und die Muslime debattiert. Spätestens mit der Ermordung